Politische Tagesübersicht.

Interpellation über die französische Industrie-Spionage. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei führt in einer Interpellation aus, daß in dem Strafverfahren wegen der Industrie-Spionage bei der J. G. Farbenindustrie vor dem Landgericht Frankenthal durch das übereinstimmende Geständnis zweier Angeschuldigter ermittelt worden sei, daß Beamte der Sureté (der geheimen französischen Polizei im besetzten Gebiet) dauernd bemüht seien, Industrie-Spionage zu treiben. Dieses Verhalten beweise, daß die Auffassung der französischen Regierung, die Besetzung des Rheinlandes diene nur als Pfand für die Erfüllung des Dawesplanes, zum Schaden der deutschen Wirtschaft tatsächlich nicht beachtet werde. Die Reichsregierung soll erklären, was sie zu tun gedenke, um an maßgebenden Stellen dahin zu wirken, daß eine weitere Fortsetzung dieser Spionage alsbald unterbunden werde.

Deutschnationale Reichstags-Interpellation gegen Preußen. Eine im Reichstag eingegangene deutschnationale Interpellation erinnert daran, daß nach den Reichstagsbeschlüssen die Gewährung von Fürsorge-Leistungen die Hilfsbedürftigkeit zur Voraussetzung hat. Im Widerspruch hierzu habe die preußische Staatsregierung kürzlich verfügt, daß ohne Prüfung der Bedürftigkeit jedem ausgesperrten Arbeiter und seiner Familie die Fürsorgeleistung grundsätzlich zu gewähren sei. Diese Verfügung sei gesetzwidrig. Die Reichsregierung wird gefragt, ob ihr die „gesetzwidrige Durchführung der Reichstagsbeschlüsse durch die preußische Staatsregierung", die einen Eingriff in den schwebenden Arbeitskampf an der Ruhr indirekt mit Reichsmitteln darstelle, bekannt sei und was sie zu tun gedenke, um die gesetzwidrig ausgegebenen Gelder zurückzuerhalten.

Verlegung der deutschen Botschaft in der Türkei. Vom 1. Dezember ab wird der Standort der deutschen Botschaft in der Türkei von Konstantinopel nach Angora verlegt. In Konstantinopel bleibt vorläufig nur die Handels- und Konsular-Abteilung der Botschaft. Zuschriften sind in Zukunft nach Angora und nur in lokalen Konstantinopeler Angelegenheiten nach Konstantinopel zu richten. Die Telegrammadressen lauten: Diplogerma Angora und Diplogerma Konstantinopel.

Widerrechtliche Belastung des Saargebietes? Nach Pressemeldungen soll in das Budget der Saarregierung ein Posten von 200 000 Franken für den Bahnschutz eingestellt sein. Das Budget liegt an den maßgebenden Stellen in Berlin noch nicht vor, es kann daher noch keine sichere Auskunft über die Angelegenheit gegeben werden. Seinerzeit ist grundsätzlich vereinbart worden, daß durch die Organisation und den Unterhalt des Bahnschutzes dem Saargebiet keine Lasten entstehen dürften; nur die dem Saargebiet gehörenden Kasernen sollten für die Unterbringung des Bahnschutzes dienen. Bis zu weiterer Aufklärung wird vermutet, daß der erwähnte Budgetposten zur baulichen Unterhaltung dieser Saarkasernen bestimmt ist.

Aus der Diplomatie. Der litauische Gesandte Sidzikauskas ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Ueberreichung des deutschen Gegenmemorandums in Rom. Der deutsche Botschafter, Freiherr von Neurath, hat gestern der italienischen Regierung das auch in Paris und London übergebene deutsche Gegenmemorandum über die Auffassung der deutschen Regierung zur Neuregelung der Reparationsfrage überreicht.

Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen. Dem Reichstag ist jetzt der Gesetzentwurf über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen zugegangen. Bekanntlich ist es im Reichsrat zu keiner Einigung mit der Regierung gekommen. So hat der Reichsrat statt des erhöhten Tarifs den jetzt geltenden Tarif in den Entwurf eingestellt und ferner eine Vorschrift beschlossen, nach der das Reich verpflichtet sein soll, den Ländern die Aufwendungen zu erstatten. Die Reichsregierung erklärt in der Begründung, daß sie sich diesen Reichsratsbeschlüssen nicht anschließen könne. Der Gesetzentwurf ist deshalb dem Reichstag als Doppelvorlage zugeleitet worden.

Bauernopposition in Sowjetrußland.

Noch sind die letzten Kämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht vergessen, die mit der Verbannung von Trotzki und seinen politischen Freunden endete. Stalin blieb als Sieger zurück und es schien, daß ihm die Opposition unter Trotzki nicht mehr gefährlich werden könnte. Aber schon nach der letzten Parteitagung bildete sich eine **neue oppositionelle Gruppe**, die, ständig im Wachsen begriffen, auf dem flachen Lande entstanden, allmählich auch in die Städte dringt. Diese **Opposition ist aus der Mißstimmung heraus entstanden, die sich gegen die führenden Parteimänner richtete, gegen die Parteimänner, die erst die Opposition unter Trotzki unschädlich machte, um später deren Ziele auf die eigene Fahne zu schreiben.** Wollte doch Trotzki und seine Genossen nichts anderes, als eine Verstärkung der Industrialisierung, die nach Trotzkis Verbannung von Stalin selber in Angriff genommen wurde. Diese geplante Stärkung der Industrie, besonders der Schwerindustrie, konnte nicht ohne Folgen für die Landwirtschaft bleiben; sie konnte und sollte ja nur dem Arbeiter in der Stadt zugute kommen, während die Bauernschaft mit so hohen Steuern belastet wurde, daß der Bauer die Bebauung seines Landes soweit einschränkte, als er zur Ernährung der eigenen Familie benötigte. Um die Macht des Bauerntums zu brechen, begann man von Moskau aus, den Armbauer und Mittelbauer gegen den Träger der bäuerlichen Opposition, den Großbauer, den sogenannten Kulak zu hetzen, allerdings ohne dabei viel Erfolg zu haben. Trotz allen Entgegenarbeitens und aller Versprechungen konnte die Partei es doch noch verhindern, daß ein großer Teil der Armbauern ihre Arbeiterschaft dem Großbauer verdingte. Als einen der wichtigsten Punkte enthält daher das Programm der neuen, sogenannten „rechten Opposition" die Einstellung der Hetze zum Klassenkampf innerhalb der Landbevölkerung. Die neue Opposition hat schon bedenkliche Formen aktiven Widerstandes auf dem Lande, besonders in der Sowjetukraine, hervorgerufen. **Die zahlreichen Sabotageakte, Brandstiftungen, Attentate auf kommunistische Funktionäre, haben die Partei nun veranlaßt, auch ihrerseits den Kampf gegen die Opposition aufzunehmen.** In Moskau vermutet man, daß die oppositionelle Bauernschaft, die auch in der Intelligenz ihre Mitläufer gefunden hat, mit konterrevolutionären Elementen und ausländischer Bourgeoisie zusammenarbeitet. Jedenfalls hat es den Anschein, daß das Bauerntum sich eine Bevorzugung des Städters, des Arbeiters auf seine Kosten durch die Partei nicht gefallen lassen will und vor keinem Mittel zurückschrecken wird, wenn seine Forderungen nicht berücksichtigt werden sollten.

Das Schicksal des Schulschiffs Pommern.

)(**Paris.** Dem Intransigeant wird aus Cherbourg gemeldet, daß das von der Mannschaft verlassene deutsche Segelschulschiff Pommern, dessen Sichtung an der französischen Küste bereits gemeldet wurde, mit starker Beschädigung nach der Bucht von Granville abgetrieben wird. Von diesem Hafen aus wird versucht werden, das Wrack ins Schlepptau zu nehmen. Seine Masten sind zerbrochen und hängen längsseits.

Gegen den Gaskrieg.

vdz. Berlin. Der Reichsaußenminister und der Reichswehrminister haben dem Reichstag das Genfer Protokoll wegen Verbots des Gaskrieges zur Ratifikation vorgelegt. Das Protokoll ist bis jetzt von 40 Staaten, darunter von sämtlichen Großmächten, einschließlich der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, unterzeichnet worden. Ratifiziert haben es bisher Frankreich, Venezuela, Italien, die Sowjetunion, Oesterreich und Liberia. Frankreich und die Sowjetunion haben an die Ratifikation zwei Vorbehalte geknüpft, daß das Protokoll sie nur gegenüber den Staaten bindet, die es gleichfalls unterzeichnet und ratifiziert haben und daß das Protokoll für sie jedem Feindstaat gegenüber unverbindlich wird, dessen bewaffnete Streitkräfte oder dessen Verbündete die in dem Protokolle enthaltene Verbote nicht beachten. Die Reichsregierung bemerkt dazu, es erscheine nicht erforderlich, diese Vorbehalte der deutschen Ratifikation hinzuzufügen, da der erste Vorbehalt bereits aus dem Texte des Protokolls hervorgehe und der zweite im wesentlichen durch völkerrechtliche Anschauungen gedeckt werde.

129 Millionen für Siedlungskredite.

vdz. Berlin. Im Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen erstattete am Mittwoch Min.-Rat Dr. Weiß vom Landwirtschaftsministerium einen Bericht über den augenblicklichen Finanzierungsstand der landwirtschaftlichen Siedlungen. Danach sind für die Siedlung in den dünn bevölkerten Gebieten allein während der Rechnungsjahre 1926 bis 1928 insgesamt 129 758 950 RM. bereitgestellt worden. Bis einschl. 27. Nov. 1928 wurden 444 657 Morgen Land zu Siedlungszwecken zu einem Preise von 111 856 382 RM. gekauft, sodaß im Durchschnitt für den Morgen 251,54 RM. bezahlt wurden. Die weitaus größere Zahl der Fläche entfiel auf Siedlerwirtschaften unter 20 Hektar. Allein in den Jahren 1927/28 wurden mit den Reichsmitteln 2962 Neusiedlerstellen angelegt. Weitere Flächen wurden für Anliegersiedlungszwecke verwendet. Aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidestelle wurden 75 254 Morgen der Besiedlung zugeführt, die größtenteils kultiviertem Oedland zugute kamen. Auch die **Sanierung der Flüchtlingssiedlungen** hat guten Fortgang genommen; 1444 von den 2940 vorliegenden Sanierungsanträgen sind bereits erledigt.

Zur Beschaffung von Tauerkrediten würde noch mit Preußen verhandelt. Der Ausschuß nahm Anträge an, die weiter **50 Millionen für Siedlungszwecke** und ferner aus Mitteln der Reichsgetreidestelle 3 Millionen für Meliorationen verlangt.

Die Forderungen der Liquidations- und Gewaltgeschädigten.

)(**Berlin.** Der Entschädigungsausschuß des Reichstags empfing gestern die Vertreter der Organisationen der Liquidations- und Gewaltgeschädigten.

Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden fordert vom neuen Reichstag Mobilisierung der Schuldbuchforderungen, Erlaß der Kapitalertragsteuer, Verzinsung der Wiederaufbauzuschläge, beschleunigte Abwicklung des Entschädigungsverfahrens durch Beseitigung der überflüssigen Einmischung des Rechnungshofes, wohlwollende Handhabung des ungenügenden Härteverfahrens und zur Reparationspolitik wird von der Regierung verlangt, daß sie entsprechend einer Reichstagsresolution vom 21. März ds. Js. alles in ihrer Macht stehende tue, um bei der Endregelung der Reparationsverpflichtungen eine besondere Berücksichtigung der Liquidationslasten Deutschlands zu erzielen, die die volle Befriedigung der Geschädigten gestatte.

Die dem **Reichsbund der Auslands-, Kolonial- und Grenzlanddeutschen** angeschlossenen Spitzenverbände brachten dem Ausschuß ihre Forderungen in einer Resolution zur Kenntnis, worin verlangt wird, eine Beschleunigung der Arbeiten des Reichsentschädigungsamtes und der Reichsschuldenverwaltung, eine normale Verzinsung der Schuldbucheintragungen und des Wiederaufbauzuschlages, Vergütung der durch die mangelhafte Verzinsung hervorgerufenen Kursverluste und weiterhin Gleichstellung der Wertpapierschäden mit den Sachschäden, sowie eine Revision des Dawesplanes zugunsten der deutschen Geschädigten.

Reichswehrminister Groener über die Zukunft von Heer und Marine.

)(**Berlin.** In dem Festsaal und vor zahlreichen Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft hielt am Dienstag abend **Reichswehrminister Groener** einen Vortrag, den er mit einem **Rückblick auf die Kämpfe in der Panzerkreuzerfrage in Parlament und Presse** einleitete. Er betonte dabei, daß er stets eine geradlinige Haltung eingenommen, sich so gründlich und vielseitig wie möglich informiert und die Denkschrift, um jeder Beeinflussung vorzubeugen, nicht von einem Marinefachmann, sondern von einem Infanteristen habe ausarbeiten lassen.

Die **Gegner des Panzerkreuzerbaues**, so führte der Minister weiter aus, **seien mit ihren Gründen zu sehr an der Oberfläche geblieben.** Wenn einer der Artikelschreiber den Satz prägte: „Die Lebensinteressen des Reiches lassen sich durch ein paar Panzerkreuzer nicht verteidigen", so könne er darauf nur erwidern, daß daran auch niemand denke, daß es sich vielmehr nur um eine Verstärkung der Landmacht handeln könne. **Jedenfalls sei der neue Panzerkreuzer des Typs A eine hervorragende Leistung und er könne mit keinem anderen zur Zeit auf dem Meere schwimmenden Kreuzer verglichen werden.** Ausgezeichnet sei die Disziplin bei der Marine, die aus freiem Geist und freiem Willen geboren werde, ebenso das harmonische Verhältnis zwischen Heer und Marine, wie man es in Friedenszeiten nicht gekannt habe.

In dem zweiten Teil seines fast zweistündigen Vortrags beschäftigte sich der Minister mit unserer **Reichswehr**, für deren Ausbau man noch heute dem ersten Reichspräsidenten Ebert dankbar sein müsse, der damals nach der Revolution das sogenannte Volksheer abgelehnt habe.

In großen Zügen entwarf der Minister dann ein Bild von den **fünf verschiedenen Wehrsystemen**: Reinmiliz (Schweiz); stehendes Wehrpflichtheer; stehendes Wehrpflichtheer, ergänzt durch Miliz (Rußland); gewordenes Berufsheer, ergänzt durch freiwillige Miliz, und deutsche Reichswehr.

Der Minister verweilte dann einige Zeit bei den **Waffengattungen**, die durch den Weltkrieg eine gewaltige Vermehrung erfahren haben: Flugzeuge, Kampfwagen, Gas usw. Von dem sogenannten chemischen Krieg halte er nicht viel; er bestehe nach seiner Ansicht mehr in der Literatur. Welche Stellung der Luftkampf in der Strategie einnehmen werde, sei noch unklar.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Minister nachdrücklich, daß er **auf dem Boden eines gesunden Pazifismus** stehe, der auf Wehrwillen und Wehrhaftigkeit basiere, während der ungesunde Pazifismus in Unterwerfungswillen und Wehrlosigkeit bestehe; und dieser ungesunde Pazifismus müsse zum ideellen Landesverrat führen, der in seinen Folgeerscheinungen sehr viel schlimmer sei als der materielle Landesverrat. Ebenso wie vor dem ungesunden Pazifismus müsse er auch vor dem Illusionismus warnen, der auf einer Ueberschätzung der ideellen Kräfte beruhe. Eindrücke, die der Minister auf seinen mehrfachen Truppeninspektionen gewonnen habe, ließen sich dahin zusammenfassen, daß die guten Eigenschaften der alten Armee noch gesteigert seien. Trotzdem könne man nicht sagen, daß die Reichswehr ein bedrohliches Kriegsinstrument und die Modellarmee der Welt sei. Diese müsse anders aussehen.

Die Ausführungen des Ministers fanden lebhaften Beifall.

Dr. Hugenberg an den Deutschen Offizierbund.

vdz. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Offizierbundes hat der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geh.-Rat Dr. Hugenberg, an den Bundespräsidenten des Deutschen Offizierbundes, s. Exz. General der Inf. von Hutier, folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrte Exzellenz! Der Deutsche Offizierbund blickt am heutigen Tage auf sein zehnjähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß gestatte ich mir, namens der Deutschnationalen Volkspartei Ihnen, sehr geehrte Exzellenz und dem von Ihnen geführten Bunde meine aufrichtigsten Wünsche zu übermitteln.

In der dunkelsten Zeit der Geschichte unseres Vaterlandes gegründet, hat der Deutsche Offizierbund nicht nur für die Selbstbehauptung des alten Offizierkorps, seiner Witwen und Waisen eine vorbildliche Wirksamkeit entfaltet, er hat auch für die Erhaltung alter, großer Tradition und die Pflege des Wehrgedankens in unserm kranken Volk wertvollste nationalpolitische Arbeit geleistet. Wir gehen einig mit ihm in dem Grundbekenntnis: Auf den Opfern und den Waffen beruht der Staat!

Möge der Deutsche Offizierbund unter der bewährten Führung Ew. Exzellenz in weiterer freundnachbarlicher Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei auch in den kommenden schweren Jahren deutscher Geschichte stark und erfolgreich den ihm vorgezeichneten Weg gehen. — Mit dem Ausdruck meiner besonderen Wertschätzung bin ich Ew. Exzellenz sehr ergebener gez. Hugenberg."

Der Zustand des Königs von England besorgniserregend.

)(**London**, 28. November. In einem **schriftlichen Bericht an das Kabinett** erklären die Aerzte des Königs, daß wegen der Erkrankung der rechten Lunge **bis auf weiteres Besorgnis bestehen müsse.** Jedoch zeige der Befund in der Lunge eine gewisse Besserung und die Kraft des Patienten habe nicht abgenommen. — Ueber den schriftlichen Bericht der den König behandelnden Aerzte an das Kabinett wird noch mitgeteilt, daß er um 9 Uhr morgens abgefaßt wurde und als Krankheitsbefund eine Entzündung und Kongestion in der rechten Lunge und eine ausgedehnte plastische Pleuresie auf der rechten Seite angibt. In dem Bericht wird erklärt, daß ein derartiges Leiden seiner Natur nach ernst sei. Bisher sei man Herr der Krankheit. Ihre Stärke habe nachgelassen und ihre Symptome seien zurückgegangen. Die Aerzte hoffen, daß die Krankheit nicht so lange dauern werde, wie man zunächst angenommen habe.

Die Weiterlage in Frankreich.

)(**Paris.** **Sturm, Regen, Schnee, Ueberschwemmungen** sind die Charakteristika der von überall her eintreffenden Nachrichten über das immer noch anhaltende Unwetter. Man glaubt nicht, daß im Kanal vor drei bis vier Tagen eine Besserung zu erwarten ist.

)(**Paris.** **Eine aus zehn Booten bestehende französische Fischerbootflottille wurde gestern im Mittelmeer vom Sturm überrascht. Zwei Boote sanken, drei Mann sind ertrunken.**

Verleihung von Heinrich Hertz-Medaillen.

Auf einer Festsitzung des Elektrotechnischen Vereins und der Heinrich-Hertz-Gesellschaft zur Förderung des Funkwesens, die Dienstag abend im ehemaligen Herrenhause im Beisein zahlreicher Wissenschaftler, Vertreter der Reichspost, der Industrie und Wirtschaft stattfand, erklärte der erste Vorsitzende der beiden Vereine, Professor Dr. K. W. Wagner, daß der Vorstand der Heinrich-Hertz-Gesellschaft zum Gedächtnis an Heinrich Hertz aus Anlaß dessen 35. Todestages am 1. Januar 1929 eine besondere Ausführung der Goldenen Medaille der Familie des Forschers widmet. Auf Vorschlag des wissenschaftlichen Ausschusses verleiht die Heinrich-Hertz-Gesellschaft die Goldene Heinrich-Hertz-Medaille dem **Professor Dr. phil. Heinrich Barkhausen** für seine Arbeiten über die Erregung von Schwingungen und über die Wirkungsweise der Verstärkerröhren.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

tsd. Dresden. Von Anfang bis Mitte November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 18 v. H. gestiegen. Es befanden sich am 15. November 78 301 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 7 311 in der Krisenunterstützung. Die erste Novemberhälfte ist also der Zeitabschnitt, in dem für die Wintermonate kennzeichnende sprunghafte Steigerung der Arbeitslosigkeit einsetzte. Wenn auch der Stand der Arbeitslosigkeit noch ein beträchtlich höherer ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, so ist doch die Tatsache bemerkenswert, daß der Umfang der Steigerung in Tempo und Ausmaß mit der Zunahme der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum des Vorjahres annähernd parallel ging. Vom 1. bis 15. November 1927 stieg die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls schon um 14 v. H. Trotz des rückläufigen Beschäftigungsgrades in der Metallindustrie können bis jetzt also noch keine besonderen Befürchtungen vor einem allzu raschen und zu starken Rückschlag auf dem Arbeitsmarkte Platz greifen.

Landwirtschaft und Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden und die Metallindustrie sind an der Zunahme der Arbeitslosen am stärksten beteiligt, und unter ihnen wiederum das Baugewerbe. Die Landwirtschaft verzeichnet stellenweise schon offene Stellen für Osterkinder und einen unveränderten Bedarf an Stall- und Hausmädchen und jungen Burschen. In der Metallindustrie äußert sich die rückläufige Bewegung mehr in einer Ausbreitung der Kurzarbeit, vorwiegend in Gießereien und Transportanlage-Fabriken, als in größeren Entlassungen.

Der Arbeitsmarkt der Textilindustrie steht unter dem Zeichen der Tarifverhandlungen, die eine gewisse Unsicherheit und Zurückhaltung mit Einstellungen hervorgerufen haben und stellenweise zu einer Ausdehnung der Kurzarbeit in den Webereien führten. Die Auswirkungen des Weihnachtsgeschäftes beschränken sich nunmehr noch auf wenige Industriezweige, wie auf Wäscheindustrie, Papierindustrie, auf das Vervielfältigungsgewerbe und die Spielwarenindustrie, während im Schneidergewerbe und in der Süßwarenindustrie das Ende der Saison in weiteren Entlassungen von Arbeitskräften zum Ausdruck kommt.

SLUB
Wir führen Wissen.